

■ MARKANTE WACHSTUMSAB- SCHWÄCHUNG IN EUROPA BREMST HEIMISCHE KONJUNKTUR

PROGNOSE FÜR 2001 UND 2002

Das Wirtschaftswachstum wird sich in Österreich nach 3,3% im vergangenen Jahr heuer auf 1,7% abschwächen und könnte im kommenden Jahr leicht über 2% liegen. Der Einbruch ist primär eine Folge der Eintrübung der Konjunktur in Europa. Diese geht auf die starke Wachstumsverlangsamung in den USA und die hohen Energiekosten zurück. Angesichts zögernder Reaktionen der Wirtschaftspolitik kann eine weitere Verschärfung der Entwicklung in Europa nicht ausgeschlossen werden. Die Inlandsnachfrage bleibt in Österreich relativ robust, wenn auch die Bauwirtschaft Schwächen erkennen lässt. Die Inflationsprognose wird sowohl für heuer (+2,6%) als auch für das kommende Jahr (+1,9%) merklich angehoben. Die Arbeitslosigkeit geht kaum mehr zurück.

Die österreichische Wirtschaft ist im Jahr 2000 um 3,3% gewachsen. Auch im I. Quartal 2001 zeigten sich Nachfrage und Produktion noch recht robust (+2,4%). Nun mehren sich allerdings die Hinweise auf eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums.

In Europa hat sich die Konjunktur in den letzten Monaten markant eingetrübt. Das BIP dürfte heuer um höchstens 1¾% expandieren. Dies ist zum einen eine Folge der Abschwächung in den USA, die über eine Dämpfung des Außenhandels und auf den Finanzmärkten auf Europa ausstrahlt. Zum anderen beeinträchtigen die anhaltend hohen Energiepreise die Kaufkraft der Konsumenten merklich. Die Inlandsnachfrage ist deshalb in der EU nicht in der Lage, eine tragende Rolle für die Konjunktur einzunehmen. Dies gilt besonders für Deutschland, wo das Wachstum des BIP heuer nur noch leicht über 1% liegen dürfte. Die europäische Wirtschaftspolitik zeigt – im Unterschied zu den USA – einen ausgeprägten Attentismus gegenüber dem Problem des Konjunkturerinbruchs: Die Geldpolitik gewichtet das Inflationsproblem deutlich höher, und die Fiskalpolitik bleibt auf Konsolidierungskurs. Die Risiken der vorliegenden Prognose liegen deshalb in einer noch schwächeren Entwicklung der Nachfrage in Europa als hier angenommen.

Die Konjunkturprognose entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|--|------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | | | | | |
| Real | + 3,3 | + 2,8 | + 3,3 | + 1,7 | + 2,2 |
| Nominell | + 4,0 | + 3,7 | + 4,5 | + 3,3 | + 4,0 |
| Sachgütererzeugung ¹⁾ , real | + 4,4 | + 2,4 | + 8,3 | + 2,7 | + 3,5 |
| Private Konsumausgaben, real | + 2,9 | + 2,3 | + 2,7 | + 1,8 | + 2,0 |
| Bruttoanlageinvestitionen, real | + 2,7 | + 3,2 | + 3,4 | + 1,3 | + 2,4 |
| Ausrüstungen ²⁾ | + 5,2 | + 4,6 | + 6,0 | + 2,3 | + 4,0 |
| Bauten | + 0,9 | + 2,2 | + 1,3 | + 0,5 | + 1,0 |
| Warenexporte ³⁾ | | | | | |
| Real | + 8,1 | + 7,7 | +13,0 | + 4,5 | + 5,7 |
| Nominell | + 8,4 | + 7,0 | +15,6 | + 7,3 | + 8,3 |
| Warenimporte ³⁾ | | | | | |
| Real | + 7,1 | + 6,9 | + 8,7 | + 4,5 | + 5,0 |
| Nominell | + 6,6 | + 6,7 | +14,7 | + 7,6 | + 7,6 |
| Leistungsbilanzsaldo | Mrd. S | -64,5 | -85,4 | -80,9 | -85,9 |
| | Mrd. Euro | - 6,2 | - 5,9 | - 6,2 | - 5,9 |
| | in % des BIP | - 2,5 | - 3,2 | - 2,9 | - 2,6 |
| Sekundärmarktrendite ⁴⁾ | in % | 4,7 | 4,7 | 5,6 | 5,2 |
| Verbraucherpreise | | + 0,9 | + 0,6 | + 2,3 | + 2,6 |
| Arbeitslosenquote | | | | | |
| In % der Erwerbspersonen ⁵⁾ | 4,5 | 4,0 | 3,7 | 3,6 | 3,6 |
| In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾ | 7,2 | 6,7 | 5,8 | 5,7 | 5,7 |
| Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾ | + 1,0 | + 1,2 | + 1,0 | + 0,4 | + 0,5 |
| Finanzierungssaldo des Staates | in % des BIP | - 2,2 | - 2,1 | - 1,1 | - 0,5 |
| | | | | ± 0,0 | |

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Austria. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzgeld.

Die Dämpfung des Wachstums in Europa schlägt sich im exportabhängigen Bereich der österreichischen Wirtschaft merklich nieder. Der Warenexport dürfte heuer real um nur noch 4 1/2% über dem Niveau des Vorjahres liegen. In der Sachgüterproduktion kündigt sich eine beträchtliche Verlangsamung der Outputsteigerung an. Darauf deuten insbesondere die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom II. Quartal hin. Sie weisen vor allem für die Herstellung von Vorleistungen und Investitionsgütern auf eine erhebliche Eintrübung des Geschäftsklimas. Die Erzeugung von Sachgütern dürfte nach mehr als +8% im Vorjahr heuer um nur noch 2 3/4% wachsen. Parallel zur Abschwächung im Außenhandel und in der Produktion wird der Anstieg der Ausrustungsinvestitionen und des Großhandels gedämpft. Obwohl auch die Importe an Dynamik verlieren, steigt das Handelsbilanzdefizit geringfügig (auf -80 Mrd. S). Der Abgang in der Leistungsbilanz dürfte etwa 3% des BIP erreichen.

In Österreich stabilisieren die Konsumausgaben der privaten Haushalte die Nachfrage. Sie dürften heuer real um 1,8% zunehmen. Weil aufgrund der höheren Inflationsrate und der Steueranhebungen die Nettomasseneinkommen (-0,5%) und die Nettoverdienste je Arbeitnehmer (-0,8%) real merklich zurückgehen, ist dies nur mit einer bemerkenswerten Verringerung des Sparanteils am verfügbaren Einkommen möglich. Für das kommende Jahr werden etwas höhere Lohnabschlüsse angenommen, und zusätzliche Transfers (Kinderbetreuungsgeld) heben die verfügbaren Einkommen an. Das Wachstum der Konsumnachfrage könnte dann leicht über dem Wert des Jahres 2001 liegen.

In der Bauwirtschaft deutet der starke Beschäftigungsrückgang auf eine schwache Entwicklung der Produktion hin (+0,5%). Rückläufig sind Wohnbau (wegen des fehlenden Bedarfs) und kommunaler Tiefbau (aufgrund der Konsolidierungsbemühungen auf Länder- und Gemeindeebene). Das Niveau der Bauinvestitionen in Relation zum BIP liegt dennoch deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Das Budget der öffentlichen Haushalte wird durch die Wachstumsdämpfung beeinträchtigt. Andererseits begünstigt die höhere Inflation per Saldo die öffentlichen Haushalte – vor allem auf der Einnahmenseite. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte könnte heuer -0,5% des BIP betragen. Ob im kommenden Jahr ein ausgeglichener Saldo erreicht werden kann, hängt vom weiteren Konjunkturverlauf, primär aber von den umfangreichen Ausgliederungen öffentlicher Tätigkeiten (und damit verbunden von Ausgaben und Defiziten) und deren Anerkennung durch Eurostat ab. Wenn sich der Wachstumseinbruch verschärft, sollte die Budgetpolitik bereit sein, die automatischen Stabilisatoren voll wirken zu lassen.

Da sich der Preisauftrieb im Frühjahr als hartnäckiger erwies als angenommen, muss die Preisprognose merklich revidiert werden. Der Anstieg von Energiekosten und Fleischpreisen sowie die Anhebung der indirekten Steuern und Gebühren beschleunigten die Inflation im 1. Halbjahr. Die Überwälzung auf die Preise von industriell-gewerblichen Waren, Transportdienstleistungen und Wohnungskosten lässt auch dort das Preisniveau steigen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Inflationsrate heuer 2,6% erreichen, im kommenden Jahr könnte sie sich bei einem Abklingen des Auftriebs der Nahrungsmittel- und Energiepreise auf 1,9% verringern.

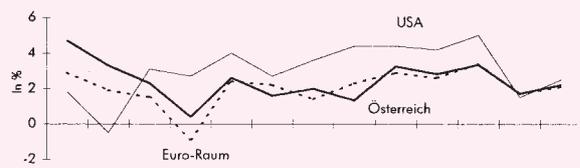
Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums beeinträchtigt die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung (ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner) wird heuer um nur noch 13.000 (+0,4%) zunehmen, die Zahl der Arbeitslosen verharrt auf gut 190.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,6% der Erwerbspersonen nach EU-Definition bzw. 5,7% der unselbständigen Erwerbspersonen nach österreichischer Berechnungsweise.

MARKANTER KONJUNKTURREÜCKSCHLAG IN EUROPA

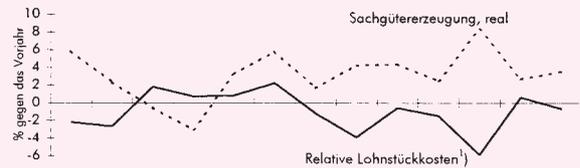
Die Konjunktur hat sich in Europa in den letzten Monaten deutlich stärker eingetrübt, als in den meisten Prognosen im Frühjahr angenommen worden war. Im I. Quartal betrug das Wirtschaftswachstum in der Euro-Zone real 2 1/2% gegenüber dem Vorjahr, in Deutschland nur noch 1 1/2%. Gleichzeitig haben sich die Frühindikatoren, vor allem die Beurteilung der Exportaufträge und der künftigen Produktionsentwicklung durch die Unter-

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

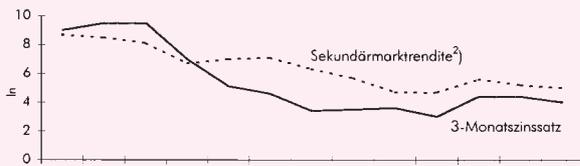
Wirtschaftswachstum



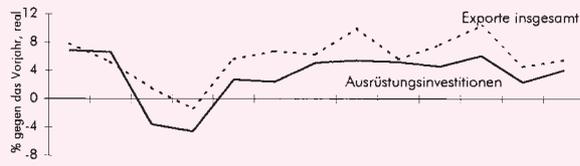
Wettbewerbsfähigkeit und Produktion



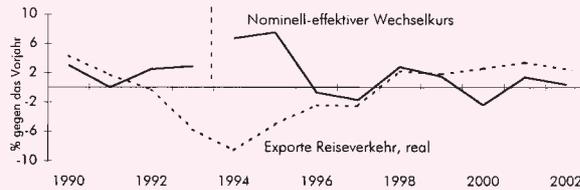
Kurz- und langfristige Zinssätze



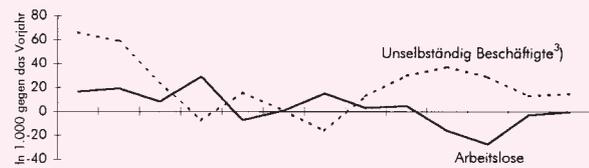
Export und Investitionen



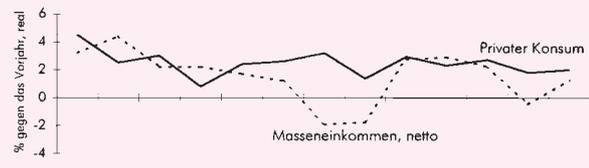
Reiseverkehr und Wechselkurs



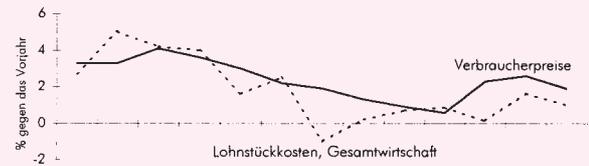
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



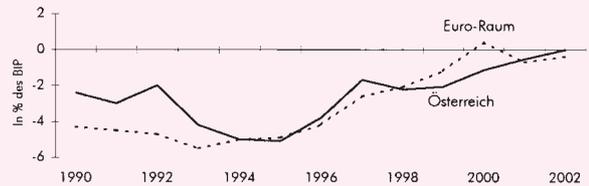
Konsum und Einkommen



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



1) In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. - 2) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - 3) Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karentgeld.

nehmen, erheblich verschlechtert. Der Eurogrowth-Indikator der Euroframe-Gruppe lässt für den Euro-Raum im II. Quartal eine BIP-Steigerung um nur noch 1³/₄%

Die Konjunktur verlangsamt sich in Europa aufgrund der Auswirkungen der Stagnation in den USA und der Beeinträchtigung der Kaufkraft der privaten Haushalte durch hohe Energiekosten markanter als bislang angenommen. Geld- und Fiskalpolitik zeigen sich bisher nicht bereit, ausreichend gegenzusteuern. Deshalb kann nur unter der Annahme einer Erholung in den USA für das Jahr 2002 eine Belebung der europäischen Konjunktur erwartet werden.

und im III. Quartal um 1¹/₂% erwarten. Für den Jahresdurchschnitt kann deshalb ein Wirtschaftswachstum von 1³/₄% angenommen werden – das entspricht etwa der Hälfte des Vorjahreswertes.

Die empfindliche Konjunkturabschwächung in Europa ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Zum ersten dämpft der Einbruch in den USA trotz des günstigen Wechselkurses den Export Asiens und Europas beträchtlich. Die Wachstumsdynamik in den USA hat sich markant von +5% im Jahr 2000 auf etwa +1¹/₂% im heurigen Jahr verlangsamt; damit geht eine beträchtliche Verringerung der Nachfrage nach Importgütern einher. Während die Produktion im industriell-gewerblichen Sektor seit Spätherbst 2000 stark zurückgeht, stabilisieren Konsum- und Baunachfrage die Konjunktur. Beide Nachfragebereiche profitieren von den mutigen Entscheidungen der Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Konjunktur. Der Zinspolitik ist es gelungen, einen drastischen Einbruch an den Börsen und damit einen Rückgang im privaten Konsum zu verhindern, die Fiskalpolitik stimuliert in der zweiten Jahreshälfte 2001 die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Beide Faktoren könnten den Ausgangspunkt für eine Konjunkturerholung bilden, die aber nicht vor Jahresende einsetzen dürfte.

Annahmen über die internationale Konjunktur

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---|------------------------------------|-------|-------|-------|-------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt, real | | | | | |
| OECD insgesamt | + 2,4 | + 3,0 | + 3,8 | + 1,3 | + 2,0 |
| USA | + 4,4 | + 4,2 | + 5,0 | + 1,5 | + 2,5 |
| Japan | - 1,1 | + 0,8 | + 1,7 | ± 0,0 | + 1,0 |
| EU | + 2,9 | + 2,6 | + 3,4 | + 1,7 | + 2,1 |
| Euro-Raum | + 2,9 | + 2,6 | + 3,4 | + 1,7 | + 2,1 |
| Deutschland | + 2,1 | + 1,6 | + 3,0 | + 1,3 | + 1,8 |
| Ost-Mitteuropa ¹⁾ | + 3,4 | + 3,2 | + 4,0 | + 2,8 | + 4,0 |
| Welthandel, real | + 5,6 | + 6,2 | +13,0 | + 5,3 | + 6,2 |
| OECD-Exporte | + 5,6 | + 5,0 | +13,0 | + 4,7 | + 5,6 |
| Intra-OECD-Handel | + 8,3 | + 7,5 | +12,3 | + 4,5 | + 6,5 |
| Marktwachstum ²⁾ Österreichs | +10,6 | + 6,7 | +10,8 | + 4,0 | + 5,5 |
| Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾ | | | | | |
| Insgesamt | -22,0 | +12,0 | +31,0 | - 4,0 | - 1,0 |
| Ohne Rohöl | -13,0 | - 8,0 | + 1,0 | + 2,0 | + 3,0 |
| Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel | 12,6 | 17,3 | 28,0 | 26,0 | 25,0 |
| Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro | 1,121 | 1,067 | 0,924 | 0,92 | 0,96 |

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

Die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien waren in den USA in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre außerordentlich dynamisch. Sie haben nun markant nachgelassen. Auch in Europa zeigt sich in diesem Sektor ein merklicher Nachfragerückgang. Vor allem die Unternehmen der Mobiltelefonie gerieten nicht nur an den Börsen kräftig unter Druck, sondern reduzieren auch Personalstände und Investitionspläne deutlich.

Zugleich hat der Anstieg der Energiepreise eine Dämpfung der real verfügbaren Einkommen und einen empfindlichen Nachfrageausfall der privaten Haushalte zur Folge. Überwiegend aufgrund der Lageraufstockung in den Industrieländern sind die Erdölpreise bislang nicht im erwarteten Ausmaß gesunken. Die internationalen Rohölpreise dürften im Jahresdurchschnitt um nur etwa 2 \$ je Barrel unter dem Vorjahreswert liegen. Zudem erhöht die Schwäche des Euro die Importpreise. Der Anstieg der Energiepreise belastete die Konsumenten in Europa im Jahr 2000 mit knapp 1 1/2% ihrer Ausgaben und zu Jahresbeginn 2001 immer noch mit etwa 3/4%. Gemessen am Preisauftrieb fielen die Lohnabschlüsse in Europa sehr zurückhaltend aus. Die mäßige Entwicklung der Reallöhne je Arbeitnehmer und der verfügbaren Einkommen trägt zur Verringerung der Konsumnachfrage bei.

Generell bleibt der Preisauftrieb in Europa jedoch – in Relation zum deutlichen Anstieg der Energiepreise und zu den Erfahrungen aus den Erdölpreisschocks von Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre – recht verhalten. Dennoch werden die expansiven Wirkungen der Steuersenkungen, die in mehreren EU-Ländern zu Jahresbeginn in Kraft getreten sind, durch den Anstieg der Energiepreise auf Verbraucherebene weitgehend aufgehoben. Überdies werden die Steuersenkungen vielfach von sehr restriktiver Staatsausgabenpolitik begleitet. In Deutschland etwa sollen laut Entwurf des

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---|---------|---------|---------|------------------------------------|------|------|
| | Mrd. S | | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | |
| Real (zu Preisen von 1995) | | | | | | |
| Land- und Forstwirtschaft | 56,1 | 56,1 | 56,1 | -4,1 | ±0,0 | ±0,0 |
| Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾ | 555,5 | 570,5 | 590,4 | +8,3 | +2,7 | +3,5 |
| Energie- und Wasserversorgung | 73,6 | 74,4 | 75,8 | +0,2 | +1,0 | +2,0 |
| Bauwesen | 194,8 | 195,7 | 197,7 | +2,5 | +0,5 | +1,0 |
| Handel ²⁾ | 335,2 | 340,2 | 347,0 | +3,1 | +1,5 | +2,0 |
| Beherbergungs- und Gaststättenwesen | 94,9 | 96,8 | 98,8 | +3,3 | +2,0 | +2,0 |
| Verkehr und Nachrichtenübermittlung | 199,6 | 203,6 | 208,7 | +3,5 | +2,0 | +2,5 |
| Kreditinstitute und Versicherungen | 175,0 | 177,2 | 180,8 | +6,1 | +1,3 | +2,0 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾ | 366,5 | 377,5 | 390,7 | +4,1 | +3,0 | +3,5 |
| Öffentliche Verwaltung ⁴⁾ | 160,9 | 160,9 | 160,9 | +0,4 | ±0,0 | ±0,0 |
| Sonstige Dienstleistungen | 329,8 | 334,1 | 339,1 | +1,6 | +1,3 | +1,5 |
| Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾ | 2.542,0 | 2.587,2 | 2.646,2 | +3,9 | +1,8 | +2,3 |
| Bruttoinlandsprodukt | 2.688,6 | 2.735,0 | 2.795,3 | +3,3 | +1,7 | +2,2 |

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Bundeshaushaltsplanes heuer die Staatsausgaben in realer Rechnung sinken. Die Wirkung der Fiskalpolitik auf die verfügbaren Einkommen kann deshalb kaum als expansiv angenommen werden.

Im Gegensatz zu den USA hat in Europa die Wirtschaftspolitik bislang auf die markante Verlangsamung des Wirtschaftswachstums nicht reagiert. Die Konjunkturprognosen der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank waren selbst in jüngster Zeit deutlich zu optimistisch und ließen wirtschaftspolitische Gegensteuerung nicht notwendig erscheinen. Dass die Inflationsrate – allerdings primär aufgrund von Sonderfaktoren – über dem Preisstabilitätsziel liegt, engt den zinspolitischen Spielraum der EZB weiter ein. Die Budgetkonsolidierung soll gemäß dem Urteil der Europäischen Kommission ohne Abstriche fortgeführt werden. Es wäre allerdings eine verfehlte Budgetpolitik, würden konjunkturbedingte Ausfälle an Steuereinnahmen durch zusätzliche Ausgabenkürzungen kompensiert. Dies würde die Wachstumsverlangsamung zusätzlich verschärfen.

Derzeit sind keine ermutigenden Signale festzustellen, die auf eine rasche Überwindung der Konjunkturschwäche in Europa hindeuten würden. Es muss deshalb angenommen werden, dass die Konjunkturflaute in den nächsten Quartalen anhält. Erst im Fall einer Erholung in den USA würde – mit der üblichen Zeitverzögerung von ein bis zwei Quartalen – auch für Europa ein Nachfrageimpuls entstehen. Dieser dürfte aber frühestens im Laufe des kommenden Jahres wirksam werden. Für 2002 wird deshalb eine nur leichte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der EU auf gut 2% erwartet.

Entwicklung der Nachfrage

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2000 | 2001 | 2002 |
|-----------------------------------|---------|---------|---------|------------------------------------|------|------|
| | Mrd. S | | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | |
| <i>Real (zu Preisen von 1995)</i> | | | | | | |
| Konsumausgaben insgesamt | 2.021,7 | 2.054,0 | 2.089,9 | + 2,2 | +1,6 | +1,7 |
| Private Haushalte ¹⁾ | 1.505,5 | 1.532,6 | 1.563,3 | + 2,7 | +1,8 | +2,0 |
| Staat | 516,2 | 521,4 | 526,6 | + 0,6 | +1,0 | +1,0 |
| Bruttoinvestitionen | 628,5 | 634,7 | 649,5 | + 2,4 | +1,0 | +2,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 624,1 | 632,3 | 647,2 | + 3,4 | +1,3 | +2,4 |
| Ausrüstungen ²⁾ | 278,9 | 285,3 | 296,7 | + 6,0 | +2,3 | +4,0 |
| Bauten | 345,3 | 347,0 | 350,5 | + 1,3 | +0,5 | +1,0 |
| Vorratsveränderung ³⁾ | 4,3 | 2,4 | 2,4 | | | |
| Statistische Differenz | -5,5 | 0,0 | 0,0 | | | |
| Inländische Verwendung | 2.644,8 | 2.688,7 | 2.739,4 | + 2,0 | +1,7 | +1,9 |
| Exporte | 1.322,1 | 1.381,9 | 1.456,9 | +10,3 | +4,5 | +5,4 |
| Reiseverkehr | 138,1 | 142,8 | 146,4 | + 2,6 | +3,4 | +2,5 |
| Minus Importe | 1.278,3 | 1.335,5 | 1.401,0 | + 7,5 | +4,5 | +4,9 |
| Reiseverkehr | 109,6 | 114,9 | 118,8 | + 5,2 | +4,8 | +3,4 |
| Bruttoinlandsprodukt | 2.688,6 | 2.735,0 | 2.795,3 | + 3,3 | +1,7 | +2,2 |
| Nominell | 2.835,2 | 2.928,8 | 3.046,6 | + 4,5 | +3,3 | +4,0 |
| Mrd. Euro | 206,0 | 212,8 | 221,4 | | | |

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

KONJUNKTURABSCHWÄCHUNG IN AUSSENHANDEL UND SACHGÜTERERZEUGUNG

Die zurückhaltende Nachfrage der wichtigsten Handelspartner bremst – trotz der günstigen preislichen Wettbewerbsposition – die heimische Warenausfuhr. In der Folge werden auch das Wachstum von Sachgüterproduktion, Ausrüstungsinvestitionen und Großhandel gedämpft.

Österreichs Wirtschaft ist in hohem Ausmaß von der Dynamik der europäischen Konjunktur geprägt. Im vergangenen Jahr expandierten die vom Warenexport getragenen Wirtschaftsbereiche – vor allem die Sachgütererzeugung und damit auch die Ausrüstungsinvestitionen – deshalb außerordentlich stark. Die Warenausfuhr lag real um 13% über dem Vorjahreswert. Sie wuchs im I. Quartal 2001 schon deutlich schwächer (+6%). Der Konjunkturreinbruch in der Weltwirtschaft und die Nachfrageschwäche wichtiger westeuropäischer Handelspartner dürften sich verstärkt ab dem II. Quartal auswirken. Das Marktwachstum für die österreichischen Exporteure verlangsamt sich markant, es dürfte heuer nur noch 4% betragen. Aufgrund der guten Wettbewerbsposition – im Vorjahr verbesserten sich die Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung gegenüber den Handelspartnern um 6% – sollten die heimischen Produzenten Marktanteile gewinnen können. Die Warenausfuhr dürfte heuer real um 4,5% und im kommenden Jahr – eine Erholung der europäischen Konjunktur vorausgesetzt – um knapp 6% wachsen.

Die Verringerung des Anstiegs der Warenexporte dämpft unmittelbar die Expansion in der Sachgüterproduktion.

Produktivität

| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---|------------------------------------|------|------|------|------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| <i>Gesamtwirtschaft</i> | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt, real | +3,3 | +2,8 | +3,3 | +1,7 | +2,2 |
| Erwerbstätige ¹⁾ | +0,8 | +1,4 | +0,9 | +0,6 | +0,6 |
| Vollzeitaquivalent | +0,2 | +0,6 | +0,6 | +0,2 | +0,2 |
| Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) | +2,5 | +1,4 | +2,5 | +1,1 | +1,6 |
| Vollzeitaquivalent | +3,0 | +2,2 | +2,7 | +1,5 | +2,0 |
| <i>Sachgütererzeugung</i> | | | | | |
| Produktion ²⁾ | +4,5 | +2,4 | +8,3 | +2,7 | +3,5 |
| Beschäftigte ³⁾ | +0,1 | -0,7 | +0,0 | -0,5 | ±0,0 |
| Stundenproduktivität ⁴⁾ | +4,3 | +3,8 | +8,4 | +3,2 | +3,5 |
| Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾ | +0,1 | -0,6 | -0,1 | ±0,0 | ±0,0 |

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria.

Die Wertschöpfung erhöhte sich zwar im I. Quartal gegenüber dem Vorjahr noch um 6%, und die Beschäftigung lag bis im Mai über dem Vorjahreswert; der WIFO-Konjunkturtest für das II. Quartal zeigte aber schon eine deutliche Eintrübung des Geschäftsklimas, vor allem in den konjunkturreagiblen Bereichen der Herstellung von Vorleistungen und der technischen Verarbeitung. Für das 2. Halbjahr muss deshalb mit einer empfindlichen Verlangsamung des Produktionsanstiegs gerechnet werden. Im Jahresdurchschnitt könnte die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung real um 2,7% zunehmen. Unter der Annahme einer Konjunkturerholung in Europa im Lauf des kommenden Jahres würde sich der Output dann um 3½% erhöhen. Das Produktivitätswachstum dürfte – wie auch in Perioden der Konjunkturabschwächung in der Vergangenheit – unterdurchschnittlich ausfallen.

Die Erfahrungen der Vergangenheit weisen auf einen engen Zusammenhang zwischen Warenexporten und Ausrüstungsinvestitionen hin. Ungünstigere Absatzerwartungen dürften deshalb im laufenden Jahr die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beeinträchtigen. Zudem wurden Investitionen aus steuerlichen Gründen ins IV. Quartal 2000 vorgezogen. Für heuer wird deshalb eine Zunahme der Investitionen in Maschinen, Fahrzeuge, Elektrogeräte und Software von nur 2¼% erwartet, im kommenden Jahr sollte sie sich wieder auf 4% beschleunigen.

STABILES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT

Die Verlangsamung des Wachstums der Warenexporte und der Ausrüstungsinvestitionen bremst über den Bedarf an Vorleistungen auch die Importdynamik. Im 2. Halbjahr 2001 könnten niedrigere Erdölpreise und eine Aufwertung des Euro die Importrechnung entlasten. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, die relativ häufig importiert werden, expandiert unterdurchschnittlich. Die Warenimporte dürften heuer real um 4,5% und damit gleich rasch zunehmen wie der Export.

| Konsum, Einkommen und Preise | | | | | |
|---|--|------|------|------|------|
| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
| | Veränderung gegen das Vorjahr in %, real | | | | |
| Private Konsumausgaben ¹⁾ | +2,9 | +2,3 | +2,7 | +1,8 | +2,0 |
| Dauerhafte Konsumgüter | +7,0 | +8,4 | -0,4 | +1,5 | +2,3 |
| Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen | +2,3 | +1,4 | +3,2 | +1,8 | +2,0 |
| Nettomasseneinkommen | +2,7 | +2,9 | +2,2 | -0,5 | +1,3 |
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Direktkredite an inländischen Nichtbanken (Jahresendstände) | +3,7 | +5,2 | +6,7 | +4,3 | +4,8 |
| | In % | | | | |
| Inflationsrate | 0,9 | 0,6 | 2,3 | 2,6 | 1,9 |
| Kerninflation ²⁾ | 1,2 | 0,8 | 1,8 | 2,9 | 2,4 |

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Das Wachstum der Importpreise könnte noch leicht über jenem der Exportpreise liegen. Der Saldo der Handelsbilanz verschlechtert sich somit gegenüber dem Vorjahr auf etwa -80 Mrd. S.

In der Reiseverkehrsbilanz geht der Überschuss geringfügig zurück. Die Tourismuseinnahmen erhöhen sich kräftig (real +3,4%), allerdings steigen die Ausgaben der Österreicher im Ausland noch etwas stärker. In der Bilanz der sonstigen Dienstleistungen, zu denen u. a. Transportdienstleistungen zählen, vergrößert sich der Überschuss gegenüber dem Ausland. Einkommens- und Transferbilanz weisen weiterhin beträchtliche Defizite auf. Insgesamt könnte das Leistungsbilanzdefizit heuer 86 Mrd. S erreichen, knapp 3% des BIP.

KONSUM FESTIGT KONJUNKTUR TROTZ RÜCKGANGS DER REALEINKOMMEN

Der private Konsum erweist sich einmal mehr als stabilisierendes Element der Gesamtnachfrage. Unter der Annahme eines Rückgangs der Sparquote kann trotz deutlich rückläufiger Realeinkommen im Prognosezeitraum ein Konsumwachstum von etwa 2% pro Jahr erwartet werden.

Die realen Nettomasseneinkommen, wie sie sich aus den Aktivbezügen der unselbständig Beschäftigten nach Abgaben und den Transferzahlungen ergeben, wuchsen zwischen 1997 und 2000 im Durchschnitt um 2,6% pro Jahr und bildeten die Basis für eine kräftige Ausweitung der privaten Konsumausgaben (+2,6% pro Jahr). Heuer gehen die Nettomasseneinkommen preisbereinigt zum ersten Mal seit 1997 zurück (-0,5%). Auch die Nettoeinkommen je Arbeitnehmer liegen beträchtlich unter dem Wert des Vorjahres (-0,8%). Dies resultiert zum einen aus dem merklichen Preisaufrtrieb, der die Lohn- und Gehaltserhöhungen der Herbstlohnrunde weitgehend aufwiegt. Zum anderen verringern die mit der

| Löhne, Wettbewerbsfähigkeit | | | | | |
|--|------------------------------------|------|------|------|------|
| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾ | +3,0 | +2,0 | +2,2 | +2,7 | +2,8 |
| Vollzeitäquivalent | +3,6 | +3,0 | +2,7 | +3,1 | +3,2 |
| Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾ | | | | | |
| Brutto | +2,5 | +1,2 | +0,3 | +0,1 | +0,9 |
| Netto | +2,3 | +1,0 | +0,8 | -0,8 | +0,4 |
| Nettomasseneinkommen, nominell | +3,3 | +3,7 | +4,1 | +2,1 | +3,2 |
| Lohnstückkosten | | | | | |
| Gesamtwirtschaft | +0,7 | +0,9 | +0,1 | +1,6 | +1,0 |
| Sachgütererzeugung | -1,7 | -0,5 | -6,0 | -0,2 | -0,5 |
| Relative Lohnstückkosten ²⁾ | | | | | |
| Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner | -0,6 | -1,5 | -5,9 | +0,6 | -0,7 |
| Gegenüber Deutschland | +0,4 | -0,1 | -2,6 | -0,2 | -0,9 |
| Effektiver Wechselkursindex Industriewaren | | | | | |
| Nominell | +2,5 | +0,6 | -2,7 | +1,2 | +0,4 |
| Real | +0,5 | -1,3 | -3,4 | +1,1 | +0,1 |

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Budgetkonsolidierung zusammenhängenden Steuererhöhungen die Nettoeinkommen merklich (im Durchschnitt um knapp 1% je Arbeitnehmer).

In der Vergangenheit reagierten die privaten Haushalte in Perioden eines Rückgangs der verfügbaren Einkommen im Vertrauen auf den vorübergehenden Charakter der Einkommensdämpfung und auf die stabilisierende Funktion des Wohlfahrtsstaates durchwegs mit einer Reduktion des Sparanteils am Einkommen. Dies kann auch in der aktuellen Schwächephase erwartet werden; detaillierte Angaben über die Entwicklung von verfügbarem Einkommen und Sparquote können derzeit aufgrund der Umstellung der Statistik auf das ESVG 95 noch nicht vorgelegt werden. Die privaten Konsumausgaben expandierten im I. Quartal real um 2% gegenüber dem Vorjahr. Für den Jahresdurchschnitt wird eine Ausweitung um 1,8% angenommen.

Im Jahr 2002 dürfte der Lohnzuwachs je Arbeitnehmer 2,8% erreichen (+3,2% je Vollzeitbeschäftigungsverhältnis). Dies sollte nach Abzug von Steuern geringfügige Realeinkommenszuwächse gestatten. Da auch die Beschäftigung etwas stärker steigt und mit dem Kinderbetreuungsgeld zusätzliche Transfers geleistet werden, dürften die Nettomasseneinkommen und die verfügbaren Einkommen in realer Rechnung wieder zunehmen. Das Konsumwachstum könnte 2002 etwa so hoch ausfallen wie heuer, der Sparanteil am verfügbaren Einkommen dürfte sich stabilisieren.

Die Wertschöpfung des Handels verliert im Jahr 2001 merklich an Dynamik. Sie wächst real um 1½%, nur halb so rasch wie in den zwei Jahren zuvor. Dies ist vor allem auf die Abschwächung im Großhandel zurückzuführen, der aufgrund der Dämpfung von Außenhandel und Investitionen heuer nicht mehr umsetzen dürfte als im Vorjahr. Auch die Umsätze im Kfz-Handel zeigen wenig Dynamik. Die Einzelhandelsumsätze hingegen entwickeln sich günstiger. Für das kommende Jahr kann eine leichte Belebung erwartet werden.

GERINGE NACHFRAGE IN DER BAUWIRTSCHAFT

In der Bauwirtschaft lag die Beschäftigung von Jänner bis Mai 2001 merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Dies deutet auf eine schwache Entwicklung der Produktion hin. Davon ist vor allem der Wohnungsneubau betroffen – angesichts schwacher Wohnungsnachfrage sind Förderbewilligungen und Fertigstellung von Wohnungen rückläufig. Der kommunale Tiefbau leidet unter den Finanzierungsbeschränkungen auf Gemeindeebene. Der Industriebau verliert mit der Verlangsamung des Investitionswachstums an Dynamik. Besser entwickelt sich der Bürobau, die Nachfrage ist hier weiterhin hoch.

Für den Jahresdurchschnitt kann eine Zunahme der Bauproduktion um höchstens ½% erwartet werden. Die Aussichten für das nächste Jahr sind wenig besser, da die Wohnungsnachfrage weiter zurückgeht und die Restriktionen der öffentlichen Hand aufrecht bleiben. Allerdings liegen die Bauinvestitionen in Österreich gemessen am Bruttoinlandsprodukt weiterhin markant über dem europäischen Durchschnitt. Darin spiegelt sich ein bedeutendes Strukturproblem der österreichischen Wirtschaft: Vor allem in den neunziger Jahren gewannen die Bauinvestitionen relativ zu anderen EU-Ländern an Bedeutung, während die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Innovationen zurückblieben.

HARTNÄCKIGER PREISAUFTRIEB

Die Inflationsrate wird heuer im Jahresdurchschnitt 2,6% erreichen. Die Überwälzung der Energieverteuerung auf die Produktpreise und die Anhebung von indirekten Steuern und Gebühren spielen eine wesentliche Rolle für den Preisauftrieb.

Das WIFO hat die Hartnäckigkeit des Preisauftriebs im Frühjahr wesentlich unterschätzt. Die Inflationsrate lag auf Verbraucherebene in den ersten fünf Monaten 2001 bei 3%. Wie in ganz Europa wirkten Energiekosten und Fleischpreise besonders preistreibend; dazu kamen in Österreich die Effekte der Erhöhung von indirekten Steuern und Gebühren. Der Rückgang der Erdölpreise trat nicht im erwarteten Ausmaß ein, und auch die angenommene Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar, die die Entwicklung der Importpreise gedämpft hätte, wurde nicht realisiert. Die Überwälzung des Anstiegs der Energiekosten auf die Preise von industriell-gewerblichen Waren oder Transportdienstleistungen gelingt umfangreicher als erwartet. Hingegen sind echte Zweitrundeneffekte auf Löhne und Gehälter bislang kaum zu beobachten.

Mit Juni 2001 fallen im Vorjahresvergleich der Inflation die kräftige Anhebung der Energie- und Kfz-Steuer sowie ein Teil der Gebührenerhöhungen weg, die ½ Prozentpunkt zur Erhöhung der Inflationsrate beitrugen. In der zweiten Jahreshälfte sollten die Energiepreise zurückgehen. Beides dämpft den Preisauftrieb. Hingegen steigen die Wohnungskosten merklich, industriell-gewerbliche Waren dürften sich gegenüber dem Vorjahr um 2% verteuern, und auch der Auftrieb der Dienstleistungspreise ist höher als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt könnte die Inflationsrate bei 2,6% liegen. 2002 sollten die Nahrungsmittelpreise keinen Beitrag mehr zur Inflation leisten, und auch der Druck der Energiekosten müsste weiter abklingen. Die Konsumentenpreise würden dann im Jahresdurchschnitt um 1,9% steigen. Die Kerninflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) liegt in beiden Jahren über dem Anstieg des VPI. Sie könnte 2,9% (2001) bzw. 2,4% (2002) erreichen.

KEIN WEITERER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die Konjunkturdämpfung verlangsamt Beschäftigungswachstum und Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dies wird durch Rationalisierungsbemühungen im öffentlichen Dienst und in den Infrastrukturunternehmen verstärkt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt 2001 und 2002 gut 190.000 betragen und damit kaum niedriger sein als im Vorjahr.

Das Beschäftigungswachstum hat sich heuer merklich abgeflacht. Hatte es im Jänner (ohne Bezieher von Karenzgeld und Präsenzdiener) gegenüber dem Vorjahr noch 26.000 betragen, so lag der Anstieg im April und Mai bei nur noch 13.000. Die Dämpfung resultiert vor allem aus dem Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung im Frühjahr. Auch in der öffentlichen Verwaltung ist die Zahl der Arbeitsplätze deutlich rückläufig. Hingegen werden in der Sachgütererzeugung bis zuletzt noch deutlich mehr Personen beschäftigt als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt könnte die Zahl der unselbständig Beschäftigten um etwa 13.000 über dem Wert des Vorjahres liegen (+0,4%).

Die Tendenzen des Arbeitskräfteangebotes sind recht uneinheitlich. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 59 Jahren geht aus demographischen Gründen heuer bereits um 20.000 und im kommenden Jahr um 9.000 zurück. Gleichzeitig steigt die Erwerbsquote in dieser Altersgruppe 2001 und 2002 um ungefähr ½ Prozent-

| Arbeitsmarkt | | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---------------------------------------|-------------------------------------|--|-------|-------|-------|-------|
| | | Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000 | | | | |
| Nachfrage nach Arbeitskräften | | | | | | |
| Unselbständig und selbständig | | | | | | |
| Erwerbstätige | | | | | | |
| | | +22,1 | +32,2 | +27,7 | +16,2 | +26,6 |
| | Ohne Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher | +30,8 | +38,2 | +30,8 | +14,9 | +17,1 |
| Unselbständig Beschäftigte | | | | | | |
| insgesamt ³⁾ | | | | | | |
| | | +21,1 | +31,2 | +25,8 | +14,2 | +24,5 |
| | Ohne Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher | +29,8 | +37,2 | +28,9 | +12,9 | +15,0 |
| | Veränderung gegen das | | | | | |
| | Vorjahr | in % + 1,0 | + 1,2 | + 1,0 | + 0,4 | + 0,5 |
| | Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher ¹⁾ | - 8,7 | - 6,0 | - 3,1 | + 1,2 | + 9,5 |
| | Ausländische Arbeitskräfte | - 0,2 | + 7,8 | +13,4 | + 9,1 | + 6,0 |
| | Selbständige ²⁾ | + 1,0 | + 1,0 | + 1,9 | + 2,0 | + 2,1 |
| Angebot an Arbeitskräften | | | | | | |
| Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter | | | | | | |
| | 15- bis 64-Jährige | +11,0 | +19,8 | +23,1 | +20,5 | +19,5 |
| | 15- bis 59-Jährige | +10,9 | - 2,6 | -19,3 | -20,6 | - 8,6 |
| Erwerbspersonen im Inland | | | | | | |
| | | +26,5 | +16,2 | + 0,3 | +13,1 | +26,3 |
| | Ohne Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher | +35,2 | +22,2 | + 3,4 | +11,9 | +16,8 |
| | Ausländer | + 0,7 | + 6,6 | +12,0 | +13,0 | + 8,0 |
| | Wanderung von Inländern | + 3,9 | + 3,0 | - 3,0 | - 1,0 | ± 0,0 |
| | Inländer | +21,9 | + 6,6 | - 8,7 | + 1,1 | +18,3 |
| | Ohne Präsenzdienere und | | | | | |
| | Karenzgeldbezieher | +30,6 | +12,6 | - 5,6 | - 0,1 | + 8,8 |
| Überschuss an Arbeitskräften | | | | | | |
| Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾ | | | | | | |
| | Stand | + 4,4 | -16,1 | -27,4 | - 3,0 | - 0,3 |
| | in 1.000 | 237,8 | 221,7 | 194,3 | 191,3 | 191,0 |
| Arbeitslosenquote | | | | | | |
| | In % der Erwerbspersonen | | | | | |
| | (laut Eurostat) | 4,5 | 4,0 | 3,7 | 3,6 | 3,6 |
| | In % der Erwerbspersonen (laut AMS) | 6,5 | 6,0 | 5,3 | 5,2 | 5,1 |
| | In % der unselbständigen Erwerbs- | | | | | |
| | personen (laut AMS) | 7,2 | 6,7 | 5,8 | 5,7 | 5,7 |
| Erwerbsquote ⁴⁾ | | | | | | |
| | | 67,6 | 67,6 | 67,4 | 67,4 | 67,6 |
| | Ohne Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher ⁵⁾ | 70,7 | 71,2 | 71,6 | 72,1 | 72,5 |
| Beschäftigungsquote ⁶⁾ | | | | | | |
| | | 63,2 | 63,6 | 63,8 | 63,9 | 64,1 |
| | Ohne Präsenzdienere und Karenz- | | | | | |
| | geldbezieher ⁵⁾ | 66,1 | 66,9 | 67,7 | 68,3 | 68,8 |

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ In % der Bevölkerung (15- bis 59-Jährige). – ⁶⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

punkt. Dazu tragen wesentlich jene Ausländer bei, die nun wegen längerer Aufenthaltsdauer auch eine Arbeitsberechtigung erhalten. Dies betrifft vor allem Frauen jüngerer und mittleren Alters. Die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes ab 2002 verringert einerseits die Anreize zur Erwerbsbeteiligung für Frauen, andererseits erhöht sie aber die Teilzeitbeschäftigung von Männern und Frauen aufgrund der sehr großzügigen Zuverdienstgrenzen.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen könnte heuer gegenüber dem Vorjahr noch geringfügig auf 191.000 zurückgehen (-3.000). Das entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,6% der Erwerbspersonen nach Eurostat-Definition oder 5,7% der unselbständigen Erwerbspersonen nach traditioneller österreichischer Berechnungsmethode. Im kommenden Jahr dürfte unter der Annahme einer leichten Beschleunigung des Wirtschaftswachstums auch die Beschäftigungsentwicklung etwas günstiger ausfallen. Die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten bleiben stabil auf dem heuer erreichten Niveau.

| Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren | | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 |
|---|--------------------------------|--------|-------|-------|-------|--------|
| | | Mrd. S | | | | |
| Budgetpolitik | | | | | | |
| Finanzierungssaldo des Bundes | | | | | | |
| | | -75,9 | -64,5 | -40,0 | -36,0 | -23,0 |
| In % des BIP | | | | | | |
| | Finanzierungssaldo des Bundes | - 2,9 | - 2,4 | - 1,4 | - 1,2 | - 0,75 |
| | Finanzierungssaldo des Staates | - 2,2 | - 2,1 | - 1,1 | - 0,5 | ± 0,0 |
| | Primärsaldo des Staates | 1,5 | 1,5 | 2,4 | 3,0 | 3,4 |
| In % | | | | | | |
| Geldpolitik | | | | | | |
| Dreimonatszinssatz | | | | | | |
| | | 3,6 | 3,0 | 4,4 | 4,4 | 4,0 |
| Sekundärmarktrendite ¹⁾ | | | | | | |
| | | 4,7 | 4,7 | 5,6 | 5,2 | 5,0 |
| Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | |
| Effektiver Wechselkurs | | | | | | |
| | Nominell | + 2,8 | + 1,5 | - 2,4 | + 1,4 | + 0,4 |
| | Real | + 0,3 | - 1,1 | - 3,5 | + 1,1 | - 0,1 |

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

BUDGET VON WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG NEGATIV UND VON INFLATION POSITIV BETROFFEN

Die merkliche Dämpfung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2001 hat negative Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Zwar betrifft die Prognoserevision unmittelbar vor allem den Export und die Investitionen, in der Folge wachsen aber Produktion und Beschäftigung langsamer als erwartet, und die Arbeitslosigkeit geht kaum mehr zurück. Dies könnte heuer das Aufkommen an Lohnsteuer und mit einer Zeitverzögerung von ein bis zwei Jahren auch jenes an Körperschaftsteuer etwas dämpfen. In der Arbeitslosenversicherung dürften höhere Ausgaben notwendig sein als budgetiert. Der Preisanstieg ist deutlich höher als prognostiziert und könnte im nächsten Jahr zusätzliche Ausgaben für Pensionsleistungen nach sich ziehen. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte heuer 0,5% des BIP betragen und wäre damit niedriger als vom Bundesministerium für Finanzen angenommen.

Die Perspektiven für das Budget im Jahr 2002 haben sich durch die Prognoserevision nicht grundsätzlich verschlechtert. Das angenommene reale Wirtschaftswachstum liegt weiterhin bei gut 2%, und die höhere Inflation unterstützt die Budgetkonsolidierung: Das Aufkommen an indirekten Steuern dürfte sich beleben; im kommenden Jahr könnten auch die Lohnsteuereinnahmen stärker wachsen als erwartet.

Die Erreichung des von der Bundesregierung angestrebten „Nulldefizits“ für den öffentlichen Sektor ist allerdings in stärkerem Ausmaß von der umfangreichen Ausgliederung von öffentlichen Tätigkeiten – und damit von Ausgaben und Defiziten – aus dem öffentlichen Sektor und deren Anerkennung durch Eurostat abhängig als von der Konjunktorentwicklung. Dies betrifft insbesondere die Bundesimmobiliengesellschaft, die Landeskranken-

stalten und die Wohnbauförderung. Sollten sich Produktion und Nachfrage allerdings noch schwächer entwickeln als in der vorliegenden Prognose angenommen und das nominelle BIP deutlich geringer ausfallen, dann wäre ein ausgeglichener Budgetsaldo wenig realistisch. Die Budgetpolitik sollte ein Zurückbleiben der Steuerein-

nahmen nicht mit zusätzlichen Ausgabenkürzungen ausgleichen. Das Zulassen eines Budgetdefizits durch die volle Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren wäre in diesem Fall von dringender Notwendigkeit.

Abgeschlossen am 28. Juni 2001.

MARGARETE CZERNY
(KOORDINATION)

WOHNUNGSWIRTSCHAFT VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Im Zuge der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wurde auch eine Kürzung der Wohnbauförderung ins Auge gefasst. Die Grundzüge des heutigen Förderungssystems gehen auf die Nachkriegszeit zurück und waren primär auf die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum ausgerichtet. Im internationalen Vergleich ist die Wohnraumversorgung heute gut. Die allgemeine Kritik an dem Förderungssystem wendet sich vielmehr gegen Überversorgung, geringe soziale Treffsicherheit, mangelnde Effizienz, hohe Baukosten, das Fehlen von Wettbewerbsgleichheit unter den Bauträgern sowie gegen die Einschränkung des Spielraums für Marktmechanismen.

Die vorliegende Arbeit kommt aufgrund eines internationalen Vergleichs der Situation der Wohnungswirtschaft in Österreich, einer Evaluierung der gesamtwirtschaftlichen Effekte der unter dem Druck der Konsolidierung des Staatshaushalts angekündigten Kürzung der staatlichen Wohnbauförderung sowie einer Untersuchung der wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der Wohnbauförderung und ihrer Finanzierungsaspekte zu dem Schluss, dass sich zwar die Kürzung der Wohnbauförderung nicht zur Maastricht-relevanten Budgetkonsolidierung eignet, dennoch eine Strukturreform der Wohnbauförderung erforderlich ist und eine neue Zielorientierung für die künftige Förderungspolitik notwendig erscheint.

- *Situationsanalyse (Margarete Czerny)*
- *Wirtschaftspolitische Aspekte der Wohnbauförderung*
Wohnbauförderung im Umbruch (Margarete Czerny) – Internationaler Vergleich (Margarete Czerny) – Makroökonomische Auswirkungen einer Änderung der Wohnbauförderung: Eine Modellanalyse (Fritz Breuss) – Auswirkungen einer Kürzung der Wohnbauförderung auf den Arbeitsmarkt (Helmut Mahringer) – Sozialpolitische Aspekte der Wohnbauförderung (Peter Brandner, Michael Wüger)
- *Der Einfluss öffentlicher Fördermittel auf die Finanzierungskosten von Wohnbauinvestitionen*
Auswirkung des Zinssatzes auf die Wohnbauinvestitionen – Zur Dauerhaftigkeit niedriger Zinssätze auf dem Kreditmarkt – Anhänge: Das intertemporale Entscheidungsproblem privater Haushalte unter Liquiditätsbeschränkungen – Berechnung der Bruttokreditvergabe von Bankkrediten – Bestandsanpassungsmodell der Wohnbaunachfrage (Thomas Url)
- *Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen*

Im Auftrag des Bundesministeriums
für Wirtschaft und Arbeit • 2001 •
ISBN 3-901069-34-8 • 130 Seiten
• ATS 700,- bzw. EUR 50,87